

RESOLUTION
DER DEUTSCHEN VERWALTUNGSGEWERKSCHAFT BAYERN e.V.



Zu den Herausforderungen der Bayerischen Verwaltung angesichts der dramatischen Flucht von vielen Menschen aus Kriegs- und Krisenregionen sowie der hohen Zahl von Asylsuchenden:

In den vergangenen Wochen haben zahlreiche Menschen aus den Kriegs- und Krisengebieten, insbesondere in Syrien, Irak, Afghanistan und einigen Staaten Afrikas, Zuflucht und Schutz in Deutschland gesucht. Viele Menschen sind leider auch bei ihrer Flucht ums Leben gekommen. Die Flüchtlinge sind unter menschenunwürdigen und lebensgefährlichen Umständen, sei es über das Mittelmeer oder auf dem Landweg, nach Deutschland gelangt, ohne in anderen EU-Staaten registriert worden zu sein.

Dabei war und ist Bayern als südliches Bundesland die erste Anlaufstation bei der Einreise nach Deutschland. Die Städte München und Rosenheim waren besonders stark betroffen. In ganz Bayern wurden zwischenzeitlich viele neue Aufnahmeeinrichtungen geschaffen. Der hohe Ansturm von Menschen auf der Flucht, deren ausländerrechtliche Erfassung und Ausstattung mit Ausweispapieren, deren Unterbringung und Versorgung mit Nahrung, Kleidung und Geld sowie deren medizinische Versorgung und Integration bedeuten extreme Herausforderungen und Mehrbelastungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Allgemeinen Inneren Verwaltung in Bayern, die mit den Kolleginnen und Kollegen der Polizei und sonstigen Bereichen des öffentlichen Dienstes, Hilfsorganisationen und Freiwilligen zusammenarbeiten. Alle haben in den vergangenen Wochen Hervorragendes geleistet, was die DVG-Bayern lobend, anerkennend und dankend hervorheben möchte.

Wegen der hohen Belastungen und zur Anerkennung dieser Leistungen fordert die DVG-Bayern mit dieser Resolution für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen:

- Entlastung durch mehr Personal in den Aufnahmeeinrichtungen, Landratsämtern, Regierungen und in anderen betroffenen Dienststellen der Allgemeinen Inneren Verwaltung.
- Verlängerung der bis 2016 befristeten Arbeitsverhältnisse in den Aufnahmeeinrichtungen.
- Wahrung des Arbeitsschutzes und gesundheitliche Absicherung durch kostenlose Untersuchungen und Impfungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im direkten Kontakt mit den Flüchtlingen und Asylsuchenden gegen Krankheiten aus den Krisengebieten.
- Auszahlung von Überstunden, die nicht durch Freizeit ausgeglichen werden können.
- Gewährung von Erschwerniszulagen für besonders stark belastete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

In diesem Zusammenhang fordert die DVG-Bayern auch die Streichung des Art. 6 b im Bayerischen Haushaltsgesetz, der nach wie vor einen Stellenabbau in der öffentlichen Verwaltung vorschreibt. Angesichts der zahlreichen Aufgaben und Herausforderungen - auch in den kommenden Jahren - ist die Vorschrift überholt und nicht mehr zeitgemäß. Der Einsatz von Ruhestandsbeamtinnen und -beamten auf freiwilliger Basis stellt ebenfalls keine tragfeste und dauerhafte Problembewältigung dar. Nicht hinnehmbar ist, dass die Kolleginnen und Kollegen, die wichtige und umfangreiche Aufgaben vor Ort erledigen müssen, bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen zum TVöD auf Grund der finanziellen Mehrbelastung der öffentlichen Haushalte wegen der Betreuung der Flüchtlinge keine angemessene Entgelterhöhung erhalten sollen. Die DVG-Bayern unterstützt eine dem TV-L vergleichbare Entgelterhöhung.

Die DVG-Bayern begrüßt das Vorhaben der Regierung, durch geeignete Maßnahmen gegen kriminelle Schleuser vorzugehen und den Asylmissbrauch zu unterbinden.

Diese Resolution wurde vom Gewerkschaftshauptvorstand am 08.10.2015 beschlossen.

München, den 08.10.2015

Kurt Rieß
Vorsitzender der DVG-Bayern